

JAPANS BALANCEAKT ZWISCHEN CHINA UND DER SOWJETUNION

(Anmerkungen zum Moskau-Besuch Tanakas)

Nach Visiten in Paris, London und Bonn hat Ministerpräsident Tanaka vom 7. - 10. Oktober 1973 sich auch zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion aufgehalten. Im Gemeinsamen Kommuniqué vom 10. Oktober wurde betont, daß das sowjetisch-japanische Verhältnis seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen auf der Basis der Gemeinsamen Deklaration von 1956 sich positiv entwickelt habe. Weiterhin wurden folgende drei Punkte hervorgehoben:

- 1. In der Erkenntnis, daß die Regelung der noch offenen Fragen aus dem Zweiten Weltkrieg und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zur Schaffung echter gutnachbarlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen könnten, führten beide Partner Gespräche über Fragen, die den Inhalt eines Friedensvertrages betrafen. Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Gespräche über die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen beiden Ländern zu einer angemessenen Zeit im Jahre 1974 fortgeführt würden.

- 2. Man habe ferner einen Meinungsaustausch über die Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Japan geführt (Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Entwicklung der Rohstoffquellen Sibiriens, Entwicklung des Handels und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft, des Transports u.a. Gebiete. Die Mitarbeit dritter Länder bei der Erschließung der Rohstoffquellen Sibiriens werde durch die sowjetisch-japanische Kooperation nicht ausgeschlossen etc. Gewürdigt wurde ferner das am 10. Oktober 1973 zwischen den Außenministern der beiden Länder unterzeichnete Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und die am gleichen Tage getroffene Konvention über den Schutz von Zugvögeln, die vom Aussterben bedroht sind. Eigens erwähnt wurden auch die Briefe über den Austausch von Wissenschaftlern, über die Verbreitung von Informationsmaterialien und den Austausch offizieller Druckschriften).

- 3. Schließlich wurden noch einige Punkte zu wichtigen Fragen der internationalen Lage hervorgehoben (Friedensbedürfnis, positive Einstellung beider Seiten zu den SALT-Verhandlungen, Genugtuung über den koreanischen Wiedervereinigungsdiallog sowie über Entspannungstendenzen auf dem südasiatischen Subkontinent; Besorgnis über die Feindseligkeiten im Nahen Osten).

Sowohl in der japanischen wie in der ausländischen Presse war man sich darüber einig, daß Tanaka mit "leichtem Gepäck" und mit einem etwas dürftigen Reiseergebnis nach Tokyo zurückgekehrt sei. Es fällt insbesondere auf, daß drei Hauptfragen nicht gelöst werden konnten, ja, im Kommuniqué z.T. nicht einmal ausdrücklich hervorgehoben wurden, nämlich

1. das Problem der Rückgabe der vier Nord-Kurileninseln an Japan: Das offizielle Tokyo freilich meint, daß die Vereinbarungen über eine weitere Förderung der Friedens-

verhandlungen diese Territorialfragen selbstverständlich miteinschließen. Außerdem habe man hier schon insofern Fortschritte erzielt, als Moskau in dieser Frage überhaupt mit sich habe reden lassen.

2. Erstaunlicherweise sind auch Fragen eines neuen kollektiven Sicherheitssystems in Asien und der Vorschlag des amerikanischen Außenministers Henry Kissinger hinsichtlich eines neuen Rahmens von richtungweisenden Prinzipien für die Zusammenarbeit zwischen den industrialisierten Demokratien im Kommuniqué nicht aufgeführt worden.

3. Ohne zufriedenstellende Lösung blieb schließlich die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Alle drei Probleme sind im vorliegenden Zusammenhang deshalb von Interesse, weil sie im Dreieck Moskau-Tokyo-Peking einen hohen Stellenwert einnehmen.

Zu 1) Frage der "nördlichen Territorien" (Kurilenproblem)

Schon im September 1964 hatte Mao Tse-tung in einem Gespräch mit Mitgliedern der japanischen Sozialistischen Partei den Anspruch Japans auf Rückgabe der Kurileninseln hervorgehoben. Die Ausführungen Maos zu diesem Punkt seien hier in extenso zitiert:

"Allzu viele Gebiete hat die Sowjetunion bereits okkupiert. Aufgrund des Jalta-Abkommens hat sie unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit der Mongolei zu garantieren, diesen Staat ganz unter ihre Herrschaft gebracht. Die Mongolei ist ja immerhin ein Gebiet, das viel mehr Fläche umfaßt als die Kurileninseln. 1954, als Chruschtschow und Bulganin nach China kamen, stellten wir diese Frage zur Diskussion, doch die beiden wollten sich nicht darauf einlassen. Die Sowjetunion hat sich auch einen Teil von Rumänien angeeignet. Nachdem die Sowjets Teile von Ostdeutschland herausgerissen hatten, trieben sie die dortigen Einwohner in den westlichen Teil (von Deutschland). Nachdem sie sich weiterhin einen Teil von Polen angeeignet hatten, gaben sie diesem Land einen Teil Ostdeutschlands als Kompensation. Dasselbe ereignete sich in Finnland. Wo immer sie etwas herausreißen konnten, rissen sie es heraus. Es gibt Leute, die meinen, daß Sinkiang und die Territorien nördlich des Amur ebenfalls von der Sowjetunion okkupiert werden könnten. Immerhin konzentriert die UdSSR dort ja Truppenverbände. Die Sowjetunion umfaßt ein Gebiet von 22 Mio. qkm bei einer Bevölkerung von nur 200 Mio. Einwohnern. Japan muß demgegenüber bei einer Einwohnerzahl von 100 Mio. Menschen mit nur 370.000 qkm auskommen. Was die Kurileninseln anbelangt, gibt es für uns überhaupt keine Frage. Sie müssen an Japan zurückgegeben werden." (1)

Die chinesische Position zu dieser Frage hat sich im Laufe der Jahre nicht verändert. Dies wurde besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Besuch einer Gruppe von Hsinhua-Korrespondenten,

die im März 1973 japanische Fischer besuchten, welche aus den "nördlichen Territorien" vertrieben worden sind. Die chinesischen Journalisten konnten bei diesem Besuch erleben, wie japanische Fischer von sowjetischen Patrouillenbooten "verjagt oder festgenommen" wurden. Sie berichteten auch von mehreren Fischern, deren Boote von sowjetischen Behörden beschlagnahmt worden seien. Ein japanischer Fischer sei in Kunashiri zu Zwangsarbeit verurteilt worden. Wiederum ein anderer sei nicht weniger als viermal festgenommen und über fünf Jahre lang in "Schutzhaft" der sowjetischen Behörden gehalten worden. Die Grundursache für die Unsicherheit des Lebens der Fischer liege in der ungelösten Frage der nördlichen Territorien, die zu Japan gehörten (2).

In der Tat haben die Gewaltakte sowjetischer Patrouillenboote gegen japanische Fischer im Laufe der Jahre beachtliche Dimensionen angenommen. Zwischen 1945 und 1969 beispielsweise wurden nicht weniger als 1.312 japanische Fischerboote aufgebracht und 11.974 Fischer gefangengenommen, von denen 32 den Tod fanden (3).

Diese Zwischenfälle nahmen deshalb ein so inflationäres Ausmaß an, weil die fischreichsten Gewässer in dem Dreieck zwischen den Inseln Habomai, Shikotan und Kunashiri liegen, also in einem Gebiet, das sowohl von Japan als auch von der Sowjetunion als Hoheitsgewässer beansprucht wird.

Verursacht wurde die ganze Problematik durch die Festsetzung der sogenannten "Bulganin-Linie" von 1956, die es den japanischen Fischern verbot, sich den Südkurilen bis auf 12 km zu nähern, ferner durch den Ausschluß der japanischen Fischer aus der "Bucht Peters des Großen" und aus dem Ochotskischen Meer seit 1957 bzw. 1959.

Gerade die Bulganin-Linie wurde von den Chinesen anlässlich der Beratungen über den Entwurf eines neuen Seevölkerrechts im März/April 1973 vor dem Unterkomitee des Meeresbodenausschusses der UNO aufs Korn genommen: Die Sowjetunion wende sich zwar entschieden gegen die Ausdehnung von Hoheitsgrenzen auf eine Distanz über 12 sm hinaus, habe sich aber andererseits nicht gescheut, mit ihrem "Beschluß über den Schutz der Lachs- und Forellenressourcen im Fernen Osten und über die Regelung der Fangmenge" vom 21.3.1956 eine ausgedehnte Kontrollzone festzulegen, deren weitester Punkt über 400 sm von der sowjetischen Küste entfernt liege (4).

Mit Argumenten dieser Art findet China ein günstiges Echo bei der japanischen Öffentlichkeit, deren Appetit auf Rückgabe der "nördlichen Territorien" besonders groß geworden ist, seit die Amerikaner Okinawa restituiert haben. Auch läßt es sich die chinesische Presse nicht nehmen, ausführlich über japanische Demonstrationsversammlungen zum "Territorialproblem" zu berichten (5).

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die Frage

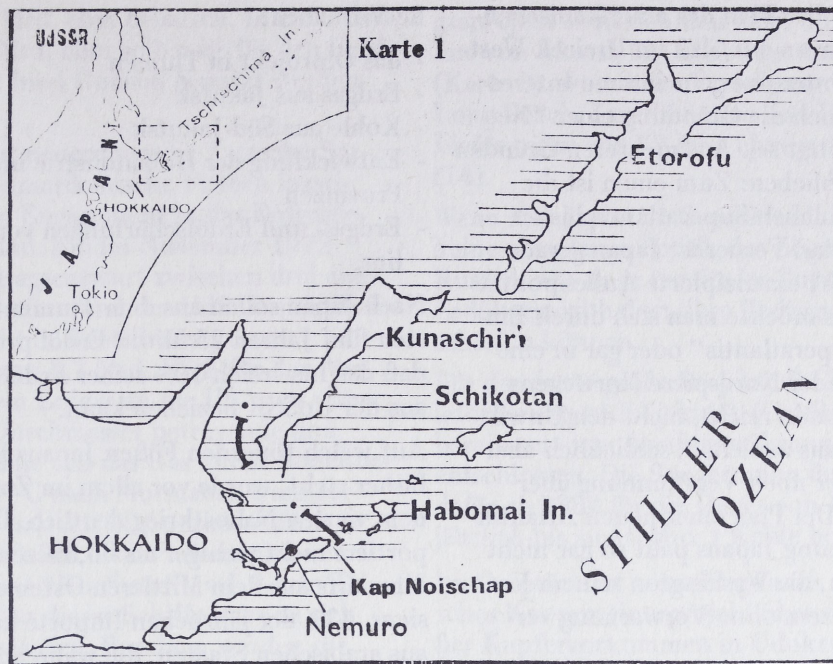
der vier umstrittenen "Nordkurilen" im Lichte des Völkerrechtes zu betrachten:

Gegenüber dem pauschalisierenden Rückgabeanspruch Japans gilt es hier differenzierend vorzugehen. Es ist nicht zu übersehen, daß zwei Inseln, nämlich Kunashiri und Etorofu mit einer Fläche von 4.639 qkm, zu den Kurilen gehören, während Shikotan und die Inselgruppe Habomai (insges. 357 qkm) Ausläufer Hokkaidos sind und nicht unter den geographischen Begriff "Südkurilen" subsumiert werden können. Beide Gruppen können offensichtlich nicht über einen Kamm geschert werden, obwohl dies dauernd von seiten Japans geschieht. Die Japaner verlangen ungeteilte Rückgabe; die Sowjetunion beruft sich demgegenüber auf ihre These, daß die Inseln 1945 rechtmäßig ihrem Staatsgebiet zugeschlagen worden seien, und zwar aufgrund der Deklarationen von Kairo und Potsdam, die Japan ja in seiner Kapitulationserklärung vom 2. September 1945 formell angenommen hat. Die Kapitulation kam jedoch bloß einem politischen Präliminarvertrag gleich und schuf keine völkerrechtliche Grundlage für einen Souveränitätswechsel. Weder aufgrund alliierter Kriegsabsprachen noch aufgrund der Kapitulation hat deshalb ein Souveränitätswechsel stattgefunden. Im Friedensvertrag vom 8. September 1951 allerdings verzichtete Japan u.a. auch auf die "Kurilen", ohne jedoch einen Adressaten zu nennen, der Nachfolger werden sollte. Erst mit Inkrafttreten dieses Vertrages vom 28. April 1952 wurde auch der völkerrechtliche Status der Kurilen geändert, insofern sie jetzt herrenloses Gebiet wurden, so daß die Okkupation durch den Kreml nunmehr ex post legalisiert war. Die Sowjetunion besitzt die Inseln damit völkerrechtlich aufgrund eines einwandfreien Titels, allerdings - wie gesagt - nur die "Kurilen". Zu den "Kurilen" gehören aber nur Kunashiri und Etorofu, nicht dagegen Habomai und Shikotan, die als reine Hokkaido-Ausläufer qualifiziert werden müssen. Beide wurden also von der Sowjetunion rechtswidrig annektiert und müßten deshalb de iure an Japan zurückgegeben werden, was - "Zug um Zug" - geschehen könnte, sobald die Japaner den Russen bei der Erschließung der Erdölfelder von Tjumen und des Erdgasprojektes von Yakutsk zu helfen beginnen.

Daß die Sowjetunion nicht abgeneigt ist, sich eine solche differenziertere Auffassung zu eigen zu machen, hat sie mit ihrer Erklärung von 1956 bewiesen, durch die sie sich bereit fand, mit Japan über Habomai und Shikotan zu diskutieren.

Diese Bereitschaft ist inzwischen sicherlich nicht geringer geworden, auch wenn die dürftigen Gesprächsergebnisse Tanakas in Moskau prima facie das Gegenteil nahelegen scheinen. Nachdem nämlich die sowjetischen Hoffnungen auf eine amerikanisch-sowjetische Allianz nicht nur dahingeschmolzen, sondern durch die chinesisch-amerikanische Annäherung geradezu ins Gegenteil verkehrt worden sind, gilt es für Moskau, eine andere Großmacht als Verbündeten zu gewinnen, und zwar Japan (6).

Außerdem hat die Sowjetunion in ihrem 9. Fünfjahres-



plan, der 1971 zu laufen begann, eine höhere Zuwachsrate im Konsum angekündigt, die letzten Endes nur zu erreichen ist, wenn vom Ausland, u.a. von dem hoch entwickelten Japan technologische und wirtschaftliche Anstöße ausgehen. Schon 1971 wurden die Ziele des neuen Planes nicht erreicht, und 1972 wurden weitere Rückschläge gemeldet.

Die Sowjetunion muß sich bei alledem freilich der psychologischen Barrieren bewusst sein, die es in Japan zu überwinden gilt (Näheres dazu in Oskar Weggel, "Japan am Scheidewege", C.a. 1972/8, S. 30-37 (31 f.)).

Unabhängig von dem weitgespannten Komplex der Territorialfrage will Japan, wie Tanaka am 10. Oktober auf einer Pressekonferenz darlegte, die Angelegenheit der japanischen Fischer im Umkreis der umstrittenen nördlichen vier Inseln erörtern. Tanaka sprach in diesem Zusammenhang von 12.000 Verhaftungen, die durch angebliche Verletzungen der sowjetischen Territorialgrenzen durch Fischerboote ausgelöst worden seien. (Über diese Angelegenheiten verhandeln nunmehr die zuständigen Minister beider Seiten seit 22. Oktober in Moskau.) Auch die alljährlich zwischen der Sowjetunion und Japan durchgeführte Festlegung der Fischfangquoten im Stillen Ozean sei von ihm vorgetragen worden.

Auf diesem Gebiete sollten Festlegungen von wenigstens 2-3 Jahren erfolgen (7).

Beobachter, die beim Besuch Tanakas in Moskau etwas hinter die Kulissen schauen durften, hatten den Eindruck, daß es dort vor allem um zwei Punkte gegangen ist: Die Japaner hätten am meisten über die vier Inseln geredet, die Sowjets hingegen über die Erschließung Sibiriens (8). Tanaka hat sich andererseits über das Thema Sibirien auf seiner Pressekonferenz in Tokyo kaum geäußert. Eine Einigung über staatliche Kreditgarantien für die Großprojekte von Tjumen und Jakutien scheint vorerst nicht zustande-

gekommen zu sein. Betrachtet Tokyo den Abschluß des Friedensvertrages und die ökonomische Zusammenarbeit als ein einziges Paket, dessen Bestandteile untrennbar voneinander sind? Eine solche Junktion ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, wenn man bedenkt, daß Tanaka sich auf der Bühne der japanischen Innenpolitik in einer durchaus heiklen Situation befindet und deshalb in der Außenpolitik Punkte sammeln muß. Ferner dürfte nicht nur innenpolitische Taktik, sondern auch Rücksichtnahme auf die Haltung der VR China zur Erschließung Sibiriens durch Japan eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben; denn daß Sibirien für das rohstoffungereiche Japan von gewaltigem Interesse ist, steht außer Zweifel.

Zu 2) Frage eines kollektiven Sicherheitssystems

Wenn ferner die Frage eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien nicht angeschnitten wurde, so hing dies offensichtlich mit der japanischen Rücksichtnahme auf Chinas Haltung zu diesem Projekt zusammen, die in "CHINA aktuell" schon allzu häufig dargestellt wurde, als daß sie hier nochmals einer ausführlichen Erläuterung bedürfte (9).

Wie ein Kommentator der Nachrichtenagentur Hsinhua erfahren haben will, habe die Sowjetunion das Problem eines "Systems der kollektiven Sicherheit in Asien" in ihrem Entwurf einer gemeinsamen sowjetisch-japanischen Erklärung aufgenommen, der bereits vor Beginn des Gipfeltreffens vorlag. Während der Gespräche sei diese Frage in der Tat auch "ventiliert", dann aber auf Betreiben Japans zurückgestellt worden. So sei die UdSSR hier schließlich leer ausgegangen (10).

Wenn außerdem der Vorschlag Kissingers für eine neue Atlantik-Charta im Kommuniqué mit keinem Wort erwähnt wird, so liegt dies nicht nur an der verständlichen Moskauer Ablehnung, sondern letztlich daran, daß auch Tokyo von vornherein ziemlich kühl auf den

Vorschlag reagiert hat. Der Plan des amerikanischen Außenministers ging davon aus, daß im Dreieck Westeuropa-USA-Japan so intensive gemeinsame Interessen vorwalteten, daß auch die Gründung einer "Neuen Atlantis" gerechtfertigt sei. Aus mehreren Gründen ist Tokyo skeptisch geblieben: Zum einen ist die Rolle Japans in einer solchen Superatlantis bisher noch ganz und gar unklar. Ferner ist Japan gerade dabei, eine von den USA emanzipierte Außenpolitik zu entwickeln. Drittens möchte man sich durch Einbeziehung in einer "Superatlantis" oder gar in eine "Super-Nato", die von der Nordspitze Norwegens über die USA bis Hokkaido reicht, nicht den Unwillen Pekings oder Moskaus zuziehen; schließlich aber herrscht in Japan immer noch Verstimmung über die "Nixon-Schocks". Der Plan einer neuen Atlantik-Charta unter Einbeziehung Japans paßt so gar nicht zu den harten Schlägen, die Washington seinem Verbündeten noch vor kurzem ohne Vorwarnung versetzt hat.

Zu 3) Wirtschaftliche Beziehungen

Im Gegensatz zu der - wenigstens vorläufig - unlösbaren "Inselfrage" (Moskau will ja keinen Präzedenzfall für weitere Rückgabeansprüche anderer Länder schaffen!) sind die Aussichten auf ökonomischem Gebiet langfristig durchaus positiv, wenngleich auch noch nicht umfassend konkretisiert.

Nur auf dem Gebiet des bilateralen Handels herrschen klare Verhältnisse: Er belief sich 1972 auf ein Volumen von immerhin 1,1 Mrd. US \$ (noch 1958 waren es nur 25 Mio. US \$ gewesen), womit Japan zum wichtigsten westlichen Handelspartner der Sowjetunion noch vor der Bundesrepublik und den USA geworden ist (In der japanischen Außenhandelsbilanz freilich nimmt die Sowjetunion mit nur 2% einen relativ untergeordneten Platz ein!).

Das fünfjährige japanisch-sowjetische Handelsabkommen, das von 1971 bis 1975 läuft, sieht eine Erweiterung des Gesamtwarenaustausches auf 5,2 Mrd. US \$ vor, mit jährlichen Zuwachsraten von rd. 13%. 1971 und 1972 wurde dieses Steigerungssoll sogar noch überboten.

Einer Lösung harrt dagegen immer noch die Frage einer gemeinsamen Erschließung sibirischer Bodenschätze, die - wenn man die Angelegenheit rein wirtschaftlich und unter Ausschluß aller politischen Gesichtspunkte betrachtet - für beide Seiten höchst profitabel wäre: Die Russen brauchen das Kapital und Know-how ihres östlichen Nachbarn, während Japan umgekehrt ein präsumtives Loch in seiner ständig wachsenden Nachfrage nach Rohstoff stopfen könnte.

Bei den Projekten, die für Japan in Sibirien von besonderem Interesse sind, handelt es sich um fünf gro-

ße Vorhaben:

- das Ölprojekt in Tjumen
- Erdgas aus Jakutsk
- Kohle aus Süd-Jakutsk
- Entwicklung der Holzindustrie in den pazifischen Provinzen
- Erdgas- und Erdölschürfungen vor der Küste Sachalins.

Nach Japan sollen aus dem Tjumen-Gebiet in den ersten fünf Jahren 25 Mio. t Erdöl pro Jahr fließen, so daß das Inselreich 10% seiner Erdöleinfuhren bis 1980 aus der UdSSR beziehen kann.

Auf welchen tönernen Füßen Japans Erdölversorgung bisher steht, wurde vor allem im Zusammenhang mit dem vierten Nahostkrieg deutlich. Das Inselreich importiert nicht weniger als 83,8% seines gesamten Erdölbedarfs aus dem Mittleren Osten einschließlich Persiens. 43% der jährlichen Importe kamen bis dahin aus arabischen Staaten, die während des Nahostkrieges gegen Amerika direkte Erdölboykotte verhängten, damit indirekt aber auch Europa und Japan trafen. Anfang Oktober besaß das Inselreich einen Rohölvorrat für nur 27 Tage. Zusätzlich war Rohöl für 22 Tage in Tankern unterwegs nach Japan. Für 48 Tage reichte der Benzinvorrat, für 24 Tage war Flugbenzin vorhanden, für 66 Tage Heizöl, für 24 Tage Dieselöl und für 53 Tage Öl verschiedener Qualität zum Betrieb der Kraftwerke (11). Angesichts dieser heiklen Versorgungslage ist es verständlich, daß Tokyo mit allen Mitteln nach einer Diversifizierung seiner Rohstoffbezugsquellen strebt.

Bis August 1973 lautete die Verhandlungsbasis für das Tjumen-Projekt: Russische Lieferungen von jährlich rd. 40 Mio. t Öl zwischen 1978 - 1998 gegen japanische Kredite von 1 Mrd. US \$, die Lieferung von Ausrüstungsgütern und den Bau einer 6.600 km langen Rohrleitung (von Tjumen nach Nachodka, vgl. Karten 2 u. 3). Seit August 1973 gelten jedoch neue Konditionen: Bei gleichen japanischen Leistungen sollen die jährlichen russischen Ölexporte wegen steigenden Eigenbedarfs nur noch 25 Mio. t ausmachen (12). Sibirien, das nur 600 km oder 36 Schiffsstunden von Japan entfernt ist, ist auch deshalb für das Inselreich von so hoher Bedeutung, weil bei einer verstärkten japanisch-sowjetischen Wirtschaftskooperation die Errichtung von japanischen Hafenstädten an der Japan-See begünstigt und damit ein Gegengewicht zu den überlasteten (und umweltgefährlichen) Häfen an der japanischen Pazifikküste geschaffen würde.

China kann gegen das sibirische Rohöl kaum als Konkurrent auftreten. Während die UdSSR evtl bis zu 15% des japanischen Energiebedarfs decken könnte, hat China 1972 nur Lieferungen von jährlich 200.000 t Öl vorgeschlagen.

Was die Erdgasvorkommen anbelangt, so dürften sie sich

in Jakutsk auf 1000 Mrd. cbm belaufen. In einer Größenordnung von 10 Mrd. cbm sollen sie für den Großraum Tokyo und die Insel Honshu genutzt werden (13).

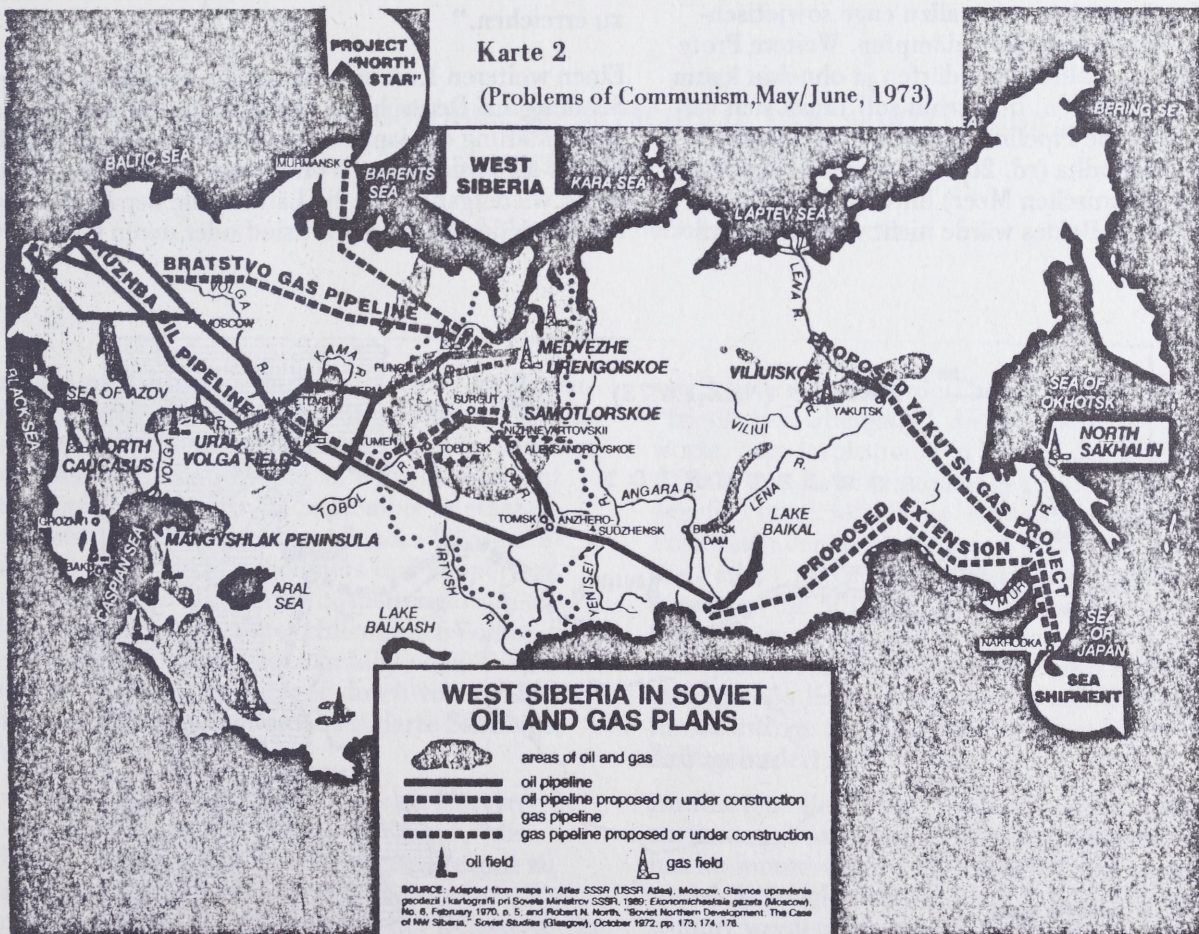
Den Japanern beginnt neuerdings die Tatsache Sorgen zu bereiten, daß amerikanische Firmen inzwischen mit gewaltigem Engagement in das Erdgasgeschäft eingestiegen sind. Ein im November 1972 veröffentlichter Vertragsentwurf zwischen drei amerikanischen Gesellschaften und der UdSSR sieht beim Urengoi-Erdgasprojekt in Westsibirien (Karte) Investitionen in Höhe von 3,7 Mrd. US \$ für den Verkauf von sowjetischem Erdgas an die USA vor. Über eine nahezu 2m im Durchmesser betragende und 2.000 km lange Pipeline soll das Gas durch Bodenbe- reiche von bis zu -60° C nach Murmansk transportiert, dort verflüssigt und auf 20 Spezialschiffen an die amerikanische Ostküste nach Philadelphia verschifft werden (Projekt "Northstar", vgl. Karte 2). Die Kosten für den Bau dieser Schiffe würden sich auf 2,3 Mrd. US \$ belaufen. Bezahlen werden die Sowjets ab 1980 mit der täglichen Lieferquote von 71 Mio. cbm Erdgas für die Dauer von 25 Jahren, womit etwa 10% des für 1980 errechneten amerikanischen Gasverbrauchs gedeckt sein dürften. Das zweite gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erd-

gasprojekt sieht den Bau einer 3.000 km langen Pipe- line von Irkutsk in Ostsibirien nach Nachodka vor (Karte 3), womit die Versorgung von Los Angeles, Long Beach, San Francisco und Portland mit täglichen Lieferungen von 53 Mio. cbm gedeckt werden soll (14).

Wenn also Japan im Geschäft bleiben will, darf es sich keine allzu lange Politik des Zögerns leisten, zumal die Russen, wie sie ja bereits im Zusammenhang mit dem Erdöl gezeigt haben, ihre Bedingungen jederzeit verschärfen können.

Für das dritte große Projekt, die Entwicklung der Koh- leförderung in Südjakutsk (Ostsibirien) hat Japan sich bereits zu einer Kreditgewährung von 585 Mio. US \$ entschlossen. Die Sowjetunion ihrerseits wird Japan dafür ab 1984 für die Dauer von 10 - 15 Jahren mit jährlich bis zu 10 Mio. t Kohle beliefern (15).

Im Gespräch ist neuerdings auch ein sowjetisch-japani- sches Kooperationsprojekt über die Erschließung großer Kupfervorkommen in Udokan, 500 km nördlich der Transsibirischen Eisenbahn, sowie über die Erschlie- ßung von Nickelvorkommen. Das Kupferprojekt ver- langt die Investition von 1,5 Mrd. Rubel und den Bau einer Zweigstrecke der Eisenbahn für 200 Mio. Rubel. Die Japaner müßten also für den Bezug von 400.000



t Kupfer 800 Mio. Rubel aufbringen (16).

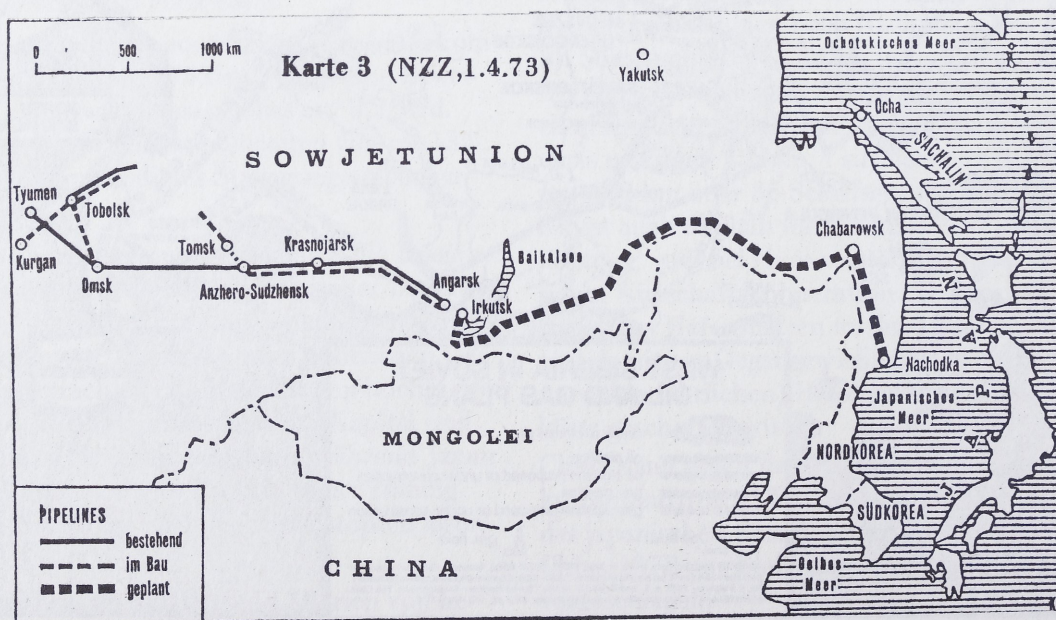
Insgesamt wünscht die Sowjetunion für Projekte in Sibirien Darlehen von etwa 5 Mrd. US \$ (17). Offensichtlich ist Japan bereit, über die halbstaatliche Export-Import-Bank in nächster Zukunft größere Kredite bereitzustellen, obwohl die japanische Regierung sehr wohl weiß, daß sie damit auf heftige Opposition aus Peking stoßen wird, das aufgrund eigener Sicherheitsüberlegungen befürchtet, Japan könne mit seinem finanziellen Zuschuß das sowjetische Militärpotential im Fernen Osten erheblich verstärken und durch Straßen sowie Pipeline-Bauten die sowjetische Infrastruktur weiter ameliorisieren.

Im Kommuniqué vom 10. Oktober fehlt freilich jeder Hinweis auf den Zeitpunkt der Verwirklichung der Großprojekte von Tjumen und Jakutien, ebenso wie jeglicher Fingerzeig auf ihre Finanzierung. Die Regierungen haben sich lediglich verpflichtet, die Unterzeichnung der betreffenden Kontrakte zwischen japanischen Firmengruppen und den sowjetischen Organisationen auf der Gegenseite zu "ermutigen" sowie ihre normale und rechtzeitige Durchführung zu "fördern". Zu diesem Zweck sollen Konsultationen zwischen den offiziellen Stellen abgehalten werden. Die Mitarbeit dritter Länder, d.h. vor allem der USA, wurde als möglich bezeichnet. Dies würde nicht nur eine gewisse Krediterleichterung für Japan bedeuten, sondern auch die Schärfe eventueller weiterer chinesischer Einwänge gegen eine allzu enge sowjetisch-japanische Zusammenarbeit dämpfen. Weitere Proteste der Volksrepublik China dürfen ja ohnehin kaum auf sich warten lassen. Immerhin soll Japan sich verpflichten, über die Pipeline von den Tjumen-Erdölfeldern nach Nachodka (rd. 200 km westlich von Wladivostok am Japanischen Meer) hinweg eine Schnellstraße zu bauen. Beides würde nicht nur der japani-

schen Industrie, sondern auch den militärischen Plänen der Sowjetunion in Fernost zugutekommen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß Nachodka von der chinesischen Grenze nur rd. 150 km entfernt ist. In der Luftlinie ferner sind es bis zum Industriezentrum Harbin nur rd. 600 km. Die militärische Infrastruktur der Sowjetunion in diesen so heiklen Gebieten könnte also durch japanische Investitionen zu Ungunsten Chinas bedeutend verbessert werden.

In einem Kommentar zum chinesisch-japanischen Gipfeltreffen hob Hsinhua (19) hervor, daß in den wesentlichen Fragen (Rückgabe der vier Inseln an Japan und Abschluß eines Friedensvertrages) keine Einigung erzielt worden sei. Die sowjetische Seite habe immer wieder versucht, der Territorialfrage auszuweichen, und "absichtlich einen Großteil der Zeit auf die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verwendet, in deren Mittelpunkt die Entwicklung Sibiriens steht. Sie verhielt sich in einer Weise, die dazu angetan war, die Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu verzögern, und lehnte es bis zur letzten Minute ab, den japanischen Standpunkt anzunehmen, die Rückgabe der Inseln sei absolute Vorbedingung für den Abschluß eines Friedensvertrages". Auch bei den Gesprächen über eine gemeinsame Erschließung der sibirischen Ressourcen sei kein Fortschritt erzielt worden. Dabei sei die sowjetische Seite "stärkstens daran interessiert gewesen, ein Abkommen über langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Japan und der UdSSR zu erreichen."

Einen weiteren Kommentar gab Radio Peking in einer Sendung auf Deutsch am 15.10.73 ab, die den Wortlaut der Erklärung des japanischen Komitees für die Solidarität der afro-asiatischen Völker vom 12. Oktober zustimmend wiedergab: "Für die Länder, die der Aggression der Sowjetunion ausgesetzt sind oder deren Gebiete von



der Sowjetunion annektiert wurden, ist das Territorialproblem ein gemeinsames internationales Problem. Daß das japanische Volk auf seinen gerechten Forderungen nach den nördlichen Gebieten besteht, wird auf die Völker in ihrem Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus einen gewaltigen Einfluß ausüben. ... Außerdem würdigen wir, daß der Vorschlag der Sowjetunion zur sog. kollektiven Sicherheit Asiens in dem Gemeinsamen Kommuniqué überhaupt nicht erwähnt ist. Die Sowjetunion hält japanische

Gebiete besetzt und massiert an der sowjetisch-chinesischen Grenze große Truppenkontingente. Sie läßt kein Mittel unversucht, um souveräne Staaten Asiens zu spalten, und unterstützt die reaktionären Cliques Asiens. Wie kann die Sowjetunion unter diesen Umständen die Stirn haben, von der Sicherheit Asiens zu fasseln? Der Vorschlag der sog. kollektiven Sicherheit Asiens zielt lediglich darauf ab, in Asien die Hegemonie der Sowjetunion zu errichten."

Weggel

- 1) Das ganze Gespräch ist abgedruckt in "Chinese Law and Government", Fall 1969/Vol.II/3, Jasp-Serie, S.33-37 (36 f.)
- 2) PRu 1973, Nr.II, S.15 f.
- 3) Näheres David I. Hitchcock jr., "Joint Development of Sibiria: Decision Making in Japanese-Soviet Relations" in Asian Survey 1971, S.281.
- 4) Näheres dazu C.a. 1973/5 - Ü 36.
- 5) Vgl. z.B. PRu 1973 Nr.38, S.21.
- 6) Vgl. dazu Rinjiro Harako, "Japan-Soviet Relations and Japan's Choice", Pacific Community 1972, S.79-96 (84 ff.)
- 7) Wiedergabe des Interviews in Auszügen in FAZ, 11.10.73.
- 8) NZZ, 12.10.73
- 9) C.a.1972/5 Ü 7 und 10, S.287 u.a.
- 10) NCNA, 13.10.73.
- 11) NZZ, 22.10.73.
- 12) Welt, 17.10.73.
- 13) Handelsblatt, 21.3.73.
- 14) NZZ, 6.5.73.
- 15) JIJI Press, 16.10.73.
- 16) Handelsblatt, 21.3.73; zu dem Energieprojekt vgl. auch "Problems of Communism", S. 25 ff.
- 17) FAZ, 18.10.73.
- 18) NCNA, 13.10.73.

CHINA : IDEOLOGISCHE MITSCHULD DER SOWJETUNION AM UNTERGANG ALLENDES

Kein Abbruch der Beziehungen zur Junta

Nur sehr vorsichtig und zurückhaltend - der Bedeutung der Ereignisse keineswegs angemessen - hat die Volksrepublik China zum Umsturz in Chile und dem Tod Allendes Stellung bezogen. Ministerpräsident Chou En-lai bekundete im September in einem Beileidstelegramm gegenüber Allendes Witwe tiefempfundenes Mitgefühl, Schmerz und Empörung. Zwar würdigte er die positiven Anstrengungen des Präsidenten für den Kampf des chilenischen Volkes, und die 'Peking Rundschau' entschuldigte den Zusammenbruch der Volksfrontregierung durch von ausländischen reaktionären Kräften arrangierte Sabotageakte (1).

Über solche Anerkennung Allendes als Märtyrer hinaus aber drängten die Chinesen darauf, "die richtigen Lehren aus diesem traurigen Ereignis zu ziehen", so Chou En-lai in seinem Telegramm. Vor der UNO-Vollversammlung wurde der Delegierte der Volksrepublik, Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua, deutlicher (2). Man solle nicht vergessen, welch gros-

sen Schaden die absurde These über den sogenannten "friedlichen Übergang", die eine Supermacht befürwortete, dem revolutionären Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Imperialismus zugefügt habe. Mit dieser Attacke auf ideologische Positionen der Sowjetunion wird der Stellenwert des Falles Chile im sinosowjetischen Konflikt angesprochen, die nur oberflächlich gleiche Verurteilung des Militärputsches durch Moskau und Peking polemisch differenziert. Andererseits wird eine über den chilenischen Kontext hinausweisende Schlussfolgerung für zukünftige soziale Veränderungen in der Dritten Welt gefordert.

Im Klartext also etwa: Nicht mit parlamentarisch zustande gekommener Volksfrontregierung, nicht mit kommunistischen Parteien, die sich an demokratische Spielregeln halten, kann der Sozialismus erkämpft werden, sondern allein durch die Revolution. Das ist ein Rückgriff auf die seit einem Jahrzehnt zum Ritual erstarrte ideologische Auseinandersetzung